



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Bernhard Roos, Annette Karl, Dr. Paul Wengert, Reinhold Strobl, Klaus Adelt, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch, Natascha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Harry Scheuenstuhl, Kathi Petersen, Ruth Müller SPD**

Nachtragshaushaltsplan 2018;

hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Nachhaltige Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau inklusive Radwege entlang Staatsstraßen und Instandsetzung von Brücken (Kap. 03 80 Tit. 750 00)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 03 08 (Staatliche Bauämter) werden im Tit. 750 00 (Um- und Ausbau sowie die Bestandserhöhung der Staatsstraßen) für das Jahr 2018 die Mittel von 270.000,0 Tsd. Euro um 30.000,0 Tsd. Euro auf 300.000,0 Tsd. Euro angehoben.

Die Mittel dienen auch dem Bau von Radwegen (Tit. 770 06) und für die Erneuerung und Instandsetzung von Brücken (Tit. 772 08) in der Anlage A (Ausweis für den Um- und Ausbau der Staatsstraßen zu Kap. 03 80 Tit. 750 00).

Die Finanzierung der 30.000,0 Tsd. Euro erfolgt durch eine entsprechende Senkung der Schuldentilgung im Kap. 13 60 (Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB) Tit. 325 52 (Tilgung am Kreditmarkt), denn verstärkte Investitionen in Staatsstraßen und Brücken senken die versteckte Staatsverschuldung.

Begründung:

Seit 2011 ist der Sanierungs- und Investitionsbedarf bei Staatsstraßen in damaliger Höhe von 720.000,0 Tsd. Euro durch den weiteren Substanzverzehr noch angewachsen, zudem sind Tiefbauleistungen durch die gute Konjunktur teurer geworden. Darüber hinaus steigt der Sanierungs- und Instandsetzungsbedarf besonders bei Brücken landesweit weiter an. Bevor der schlechte Zustand des Straßennetzes zu einem Standortnachteil Bayerns wird, müssen die erforderlichen Mittel angehoben werden, auch für zusätzliche Radwege entlang von Staatsstraßen.

Die zusätzlichen Investitionen steigern die Verkehrssicherheit, verbessern die Infrastruktur des Freistaates und tragen zur CO₂-Reduzierung bei. Sie dienen auch dazu, die versteckte Verschuldung des Freistaates Bayern abzubauen. Der Investitionsstau muss deshalb mit einer deutlichen Mittelerhöhung reduziert werden.